

Marcel Berlinghoff, Das Ende der „Gastarbeit“. Europäische Anwerbestopps 1970–1974 (Studien zur Historischen Migrationsforschung, Bd. 27), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München etc. 2013, 403 S., geb., 49,90 €.

In der vorliegenden Studie, eine leicht redigierte Fassung einer 2011 an der Universität Heidelberg angenommenen Dissertation, geht Marcel Berlinghoff den tiefergehenden Gründen für die europäischen Anwerbestopps zu Beginn der 1970er Jahre nach. Dabei orientiert er sich an dem Vorgehen der Neuen Politikgeschichte, was die Analyse öffentlicher Diskurse und politischer Kultur einschließt, und bedient sich methodisch der *histoire croisée*. Auf dieser Basis stellt er die zunehmend als Problem wahrgenommene Arbeitsmigration in drei ausgewählten westeuropäischen Ländern, der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, dar. Seit den 1960er Jahren vollzog sich ein Wandel in den Regierungsdiskussionen dieser Länder insofern, als die Arbeitsmigration nun nicht mehr unter rein ökonomischen, vielmehr zunehmend auch unter sozialen Aspekten erörtert wurde. Berlinghoff bezeichnet dies als „Entdeckung der Einwanderung“ in den administrativen Diskursen, die damit erstmals wesentlicher Bestandteil der Innenpolitik und damit öffentlicher Debatten wurde.

Zu dieser nationalen Ebene trat eine internationale, die in eine „Europäisierung der Migrationspolitik“ mündete. Indem nämlich die nationalen Diskurse auf inter- und transnationalen Foren (Konferenzen internationaler Organisationen wie der OECD, bilaterale Verhandlungen, Tagungen, Studienreisen, Arbeitskreise und Ausschüsse der EWG) fortgeführt wurden, befruchteten sie sich gegenseitig im Sinne einer Bezug- und Vorbildnahme, um schließlich entsprechend auf die nationale Ebene zurückzuwirken. Nicht zuletzt sind hierdurch auch europäische Identitätsbezüge geprägt worden, die in eine Verschiebung der europäischen Fremdheits- und Zugehörigkeitsvorstellungen mündeten. Am Ende dieses Prozesses waren demnach nicht mehr Italiener, Spanier oder Griechen die „essentiell Anderen“, sondern Außereuropäer, zu denen von nun an auch Türken zählten. Die Erklärung hierfür ausschließlich in rassistischen Denkweisen zu suchen – im Fokus standen „als besonders fremd wahrgenommene ‚Außereuropäer‘“ –, dürfte aber dem einen oder der anderen zu kurz greifen, denn sie vermag nicht völlig überzeugend zu untermauern, wie sich die Türkei in der Wahrnehmung der Akteure innerhalb kurzer Zeit von einem hofierten NATO-Partner und assoziierten EWG-Mitglied in ein fremdes, durch einen völlig anderen Kulturkreis bestimmtes Land verwandeln konnte.

Seit Ende der 1960er Jahre jedenfalls mehrten sich angesichts der stark ansteigenden Zuwanderungszahlen in Europa die Stimmen, die den zuvor behaupteten Zusammenhang von Ausländerbeschäftigung und Wirtschaftswachstum aus den verschiedenen Gründen hinterfragten, sodass auch von einem Wandel der ökonomischen Argumentation gesprochen werden kann. Dies mündete in die Frage, „bis zu welchem Ausmaß die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte rentabel sei und ab welchem Anteil die Kosten den Nutzen übersteigen würden“ (S. 44f.). Dabei überlagerten sich Aspekte der infrastrukturellen Aufnahmefähigkeit mit jenen der Aufnahmewilligkeit der einheimischen Bevölkerung, auch angesichts sozialer Unruhen und arabischen Terrors, und tangierten facettenreiche Fragen der Integration und des Aufenthaltsrechts. Das Ergebnis war, trotz spezifisch nationaler Bedingungen und fehlender gemeinsamer Migrationspolitik, ein durch das Ende der Gastarbeiteranwerbung institutionalisiertes europäisches Migrationsregime, das inzwischen auch in den Beitrittsländern übernommen worden ist.

Marcel Berlinghoffs methodisch originelle, in großen Teilen auf archivalischen Quellen dem Transfer beziehungsweise der Verflechtung nachgehende Studie liefert damit wichtige neue Ergebnisse zum „Ende der Gastarbeit“. Sie schließt zudem die bis dato hinsichtlich der europäischen Anwerbestopps beklagte Forschungslücke und versucht, wenn auch nicht immer überzeugend, divergierende Forschungsergebnisse zu verknüpfen. So hätten beispielsweise Regierungsbeamte der westeuropäischen

Industriestaaten, nachdem sich durch den längeren als ursprünglich von allen Beteiligten geplanten Aufenthalt der Arbeitsmigranten und die damit verbundene Sesshaftwerdung einschließlich des Familiennachzugs spezifische sozioökonomische Herausforderungen in den Zielländern ergeben hatten, „nach Möglichkeiten gesucht, den temporären Charakter des Arbeitsaufenthaltes wieder durchzusetzen“ (S. 23). Dabei wird jedoch der Frage, ob der Charakter der Arbeitsmigration bis Ende der 1960er Jahre tatsächlich temporär gewesen ist, mit statistischem Material leider nicht nachgegangen, damit die These vom Konjunkturpuffer ungeprüft übernommen. In diesem Zusammenhang seien schließlich, neben marktkonformen, die Anwerbung für Unternehmen verteuernenden Maßnahmen, europaweit zwei Konzepte diskutiert worden, das der Rotation sowie das der Festsetzung einer Höchstgrenze für ausländische Bürger (Plafondierung). Allerdings definiert Berlinghoff Rotation – neben der Aufenthaltsbegrenzung – etwas eigenwillig als Saisonarbeit und verwischt die Grenzen zwischen Realpolitik und in Administrationen vorgebrachten ‚Gedankenspielen‘ einer administrativ gelenkten Rotation (vgl. beispielsweise S. 23f., Fußnote 57). Namentlich Bayern und Schleswig-Holstein mögen sich beispielsweise mit dem Versuch einer „Anti-Niederlassungspolitik“ hervorgetan haben. Die von Berlinghoff angeführten Beispiele (S. 165ff.) verweisen jedoch auf deren juristische und gesellschaftliche Grenzen, gerade weil es keine entsprechende bundesdeutsche Grundsatzentscheidung hierzu gab. Im Gegenteil lehnte die Bundesregierung spätestens mit dem Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung vom 6. Juni 1973 jedwede Rotation, ob administrativ gelenkt oder vertraglich-individuell vereinbart, explizit strikt ab. Berlinghoffs überzogene Feststellung stellt sich für Leser umso irritierender dar, als er von „der ‚erzwungenen‘ ‚Rotation‘ [sic!]“ spricht, infolge der einfachen Anführungszeichen also auf eine eigene Wortkonstruktion rekurriert, ohne diese weitergehend zu erklären. Überhaupt stören die häufigen einfachen, also keine Zitate markierenden Anführungszeichen. Auch wenn eine Petitesse: Es gibt keine wirkliche Begründung dafür, Begriffe wie „ordonance“ und „faux touristes“ nach ihrer einführenden Erklärung, aber auch Redewendungen („en detail“) solchermaßen durchgehend zu kennzeichnen.

Ähnliche Einwände wie gegen die Argumentation zur Rotation lassen sich sodann gegen die ebenfalls überbetonte These anbringen, „überall in Europa“ (S. 43) sei die Ausländerbeschäftigung seit den 1960er Jahren unter anderem mit dem Argument infrage gestellt worden, diese verhindere den Strukturwandel. Die schweizerische „Studienkommission zum Problem der ausländischen Arbeitskräfte“ mag bereits 1961 weitsichtig erkannt haben, dass der Übergang zu einer kapitalintensiveren Produktionsweise im Gegensatz zur spezifisch europäischen Arbeitsmigration langfristig positive Effekte für Gesellschaft und Volkswirtschaft hervorbringe (S. 89). Es dauerte aber noch mehr als ein Jahrzehnt, bis diese wirtschaftswissenschaftliche Tatsache in den allgemeinen, in der Breite vorhandenen Kenntnisstand selbst in Unternehmen eingegangen war. Am positiven Gesamteindruck ändert dies indessen nichts: Es handelt sich um ein wichtiges Buch.

Heike Knortz, Karlsruhe

Zitierempfehlung:

Heike Knortz: Rezension von: Marcel Berlinghoff, Das Ende der „Gastarbeit“. Europäische Anwerbestopps 1970–1974 (Studien zur Historischen Migrationsforschung, Bd. 27), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München etc. 2013, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81507>> [15.11.2013].